

Zehn Thesen zur Überwindung der Haushaltskrise

- 1.) Die aktuelle Haushaltslage der Stadt Rheinbach ist dramatisch. Aus eigener Kraft wird auf absehbare Zeit ein Haushaltsausgleich nicht gelingen. Dennoch müssen unverzüglich Schritte eingeleitet werden, die mittel- und langfristig zu einer Verbesserung führen. Dabei hilft der Verweis auf Belastungen durch Bund und Land nicht weiter: Die meisten Kommunen in NRW stehen wesentlich besser da als Rheinbach.
- 2.) Erster Schritt ist eine umfassende Bestandsaufnahme der Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögenssituation der Stadt. Sie umfasst auch die Vorlage eines vollständigen Vertragsregisters und Offenlegung der Finanzlage der städtischen Beteiligungen
- 3.) Zweiter Schritt ist die Bildung einer Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und (gegebenenfalls ehrenamtlichen) Expertinnen und Experten. Sie soll die Stadt bei der Analyse der Finanzlage und bei der Erarbeitung eines Konzeptes zur nachhaltigen Konsolidierung ihres Haushaltes unterstützen.
- 4.) In einem dritten Schritt müssen alle Aufgabengebiete der Stadt nach folgenden Kriterien durchforstet werden.
 - Müssen/wollen wir die Aufgabe weiterhin durchführen (Kosten-Nutzen-Analyse)
 - Wie können Organisationsabläufe optimiert werden, um Einsparungen zu erzielen und Einnahmen zu erhöhen? Die Überprüfung dieser Fragestellung muss durch die Einführung eines effektiven Controllings verstetigt werden.
- 5.) Im Rahmen der Leistungsverwaltung sind Strukturen zu schaffen, die eine betriebswirtschaftliche Führung nach Effizienz Gesichtspunkten begünstigen. Gleichzeitig soll Politik sich aber nach Möglichkeit Einfluss und Steuerungsmöglichkeiten erhalten. Ferner muss die Stadt weiterhin ihrer soziale Verantwortung für seine Mitarbeiter/innen gerecht werden.
- 6.) Im Bereich der freiwilligen Leistungen sind Prioritäten festzulegen. Aus Sicht von Sozialdemokraten/innen muss der Schwerpunkt in der Ermöglichung von sozialer Teilhabe und dem Schutz der schwächeren Mitglieder unserer Gemeinschaft liegen.
- 7.) Ein besonderes Augenmerk muss auf der Wirtschaftsförderung liegen, da nur eine Verbesserung der Einnahmesituation auf lange Sicht aus der Krise führen kann.
- 8.) Großprojekte, die weitere Kostenrisiken für die Stadt mit sich bringen, dürfen nicht durchgeführt werden. Die Prioritäten müssen auf dem Erhalt der vorhandenen Werte und Infrastruktur liegen.
- 9.) Statt lediglich auf einmalige Entlastungen durch Verkauf von „Tafelsilber“ zu setzen, ist eine nachhaltige Strategie zu entwickeln, die ein Abbau des strukturellen Defizits ermöglicht.
- 10.) Wenn Belastungen notwendig sind, so müssen diese in einem für alle transparenten Verfahren gleichmäßig verteilt werden.